

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Ich bin Rudolf Kunstmann von attac Erlangen.

Sie wissen vielleicht, dass Politiker ständig von Lobbyisten umlagert und bedrängt werden. Sie wissen wohl auch, dass unsere Demokratie nicht perfekt ist, weil z. B. viele Abgeordnete nicht die Interessen ihrer Wähler, sondern von Verbänden und Konzernen vertreten, von denen sie finanziell abhängig sind.

Aber was jetzt in Hinterzimmern unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgeheckt wurde, wird selbst den kritischsten Menschen überraschen!

Die Banken und Großkonzerne dachten sich: "Warum sollen wir zu den Politikern gehen? Lassen wir die Minister der USA, die Kommissare der EU und die Abgeordneten doch bei uns antanzen. Und das schreiben wir Ihnen gesetzlich vor."

Das glauben Sie nicht?

Das ganze nennt sich **Regulatorische Kooperation** und ist nur bekannt geworden, weil es noch anständige Menschen gibt, die wie Whistleblower Edward Snowden geheime Dokumente über die Verhandlungsposition der EU zum Freihandelsabkommen TTIP im Internet veröffentlichen ließen.

Machen wir uns nichts vor: TTIP ist **kein Handelsabkommen**, sondern ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag, der vor allen nationalen Gesetzen Vorrang genießt. Sicher, man könnte ihn kündigen. Aber das ist genau so wahrscheinlich, wie die Abschaffung von Steuern, die einmal eingeführt wurden. Denken Sie nur an den Solidaritätszuschlag.

Mit dem **gemeinsamen Regulierungsrat von USA und EU** würden Interessengruppen aus Wirtschaft und Finanzwelt die Politik künftig zu sogenannten „Konsultationen“ zwingen können, wenn ihnen ein Gesetzesvorhaben nicht passt. Gesetze beeinträchtigen aber fast immer die Interessen der Konzerne.

Es soll völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben werden, dass es keine parlamentarische Beteiligung an diesem Regulierungsrat gibt.

Ebenfalls im Papier über die Verhandlungsposition der EU steht **die gegenseitige Anerkennung von Standards**.

Damit brauchen sich Banken und Konzerne gar nicht mehr um nationale Gesetze zu kümmern. Denn die jeweils niedrigeren Standards gelten dann automatisch auch im Bereich des Handelspartners. Also gilt die lasche Bankenaufsicht im EU-Bereich künftig auch in den USA, wo nach der Bankenkrise 2007 eine strenge Bankenaufsicht eingeführt wurde. Und die lasche Gesundheitsprüfung von Arzneimitteln, die in den USA üblich ist, würde auch in Deutschland gelten. Wir würden zu Versuchskaninchen werden und müssten bei schweren Nebenwirkungen von Arzneimitteln dann alleine einen Milliardenkonzern auf Schmerzensgeld verklagen.

Durch den Fall sämtlicher Handelsschranken werden sich die Schutzgesetze auf einer Spirale nach unten bewegen. Am Ende gilt dann der niedrigste Standard. Sollte aber z. B. Deutschland an Umweltschutzgesetzen festhalten, würden deutsche Unternehmen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

**Wir sagen deshalb: Schluss damit! Nein zur regulatorischen Kooperation!
UND: Nein zu TTIP!**

Vielen Dank!